

# PLENUM AKTUELL

17. – 19. November 09

Themen und Positionen

**SPD**-Landtagsfraktion



## Haushalt 2010

### CDU/FDP:

Mit einer Rekordverschuldung von 3,4 Milliarden € neuer Schulden hatte Weimar den Haushalt 2010 eingebracht, der in dieser Woche beraten wurde. Die Landesregierung begründet das hohe Defizit mit der Wirtschaftskrise, obwohl hierauf „nur“ 1,5 – 2,0 Mrd. € entfallen.

Weitere negative Auswirkungen auf den Landesetat, die sich durch die von schwarz-gelb auf Bundesebene beabsichtigten Steuersenkungen ergeben, kommentiert die CDU/FDP-Landesregierung derzeit nicht.

### SPD:

Die SPD hat in der Debatte um den Haushalt andere Schwerpunkte gefordert und Gegenfinanzierungsvorschläge für mehr Gelder in den Bereichen **Bildung, Soziales und erneuerbare Energien** vorgelegt.

So wollten wir ein Landessozialbudget auflegen, um die Streichungen im Zuge der „Operation düstere Zukunft“ zurückzunehmen. Mit diesen Mittelstreichungen wurde vor 5 Jahren die soziale Gerechtigkeit in Hessen gänzlich aufgegeben. Zusätzliche Investitionen für Schulen und Hochschulen in Höhe von 40 Mio. € sowie 35 Mio. € für die Förderung erneuerbarer Energien sind unsere Forderungen. Mehr Polizeianwärter, Mittel für die Bekämpfung des Rechtsextremismus in Hessen, Stärkung der frühkindlichen Bildung, zusätzliche Betreuungsangebote an Grundschulen, eine bessere Schulsozialarbeit und mehr Ganztagschulen mit einem pädagogischen Angebot sind weitere Forderungen unserer Anträge. Diese Schwerpunkte hätten Investitionen in die Zukunft bedeutet, wurden aber leider abgelehnt.

### Auszug aus der Rede unseres Fraktionsvorsitzenden:

„Sie leben in den Tag hinein und bürden den zukünftigen Generationen die Lasten auf“, kritisierte Thorsten Schäfer-Gümbel die Finanzpolitik der CDU-FDP-Koalition. Die Landesregierung investiere gleichzeitig zu wenig Geld in die Bildung, treibe die Energiewende nicht energisch voran und betreibe keine Arbeitsmarktpolitik, die diesen Namen verdiene. „Zukunftsgestaltung findet unter ihrer Regierung nicht statt“, so das Fazit von TSG in der Generaldebatte.

## Auswirkungen der schwarz-gelben Beschlüsse auf Bundesebene

Die Beschlüsse von schwarz-gelb auf Bundesebene werden sich fatal auf den Landeshaushalt wie auch auf die kommunalen Haushalte auswirken. Die Finanzierung von Steuergeschenken vor allem für Unternehmen und Besserverdienende wird für den Landeshaushalt jährlich ca. 1 Mrd. € Mindereinnahme bedeuten; die hessischen Kommunen sind an den Einnahmeausfällen mit jeweils 23% beteiligt. Hinzu kommt für die kommunale Ebene das Damoklesschwert einer Abschaffung der Gewerbesteuer.

### Absehbare Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger:

Beabsichtigte Erhöhung der Umsatzsteuer auf kommunale Leistungen wie z.B. die Müll- und Abwasser Versorgung, steigende Sozialbeiträge und Ausstieg aus der solidarischen Krankenversicherung (Beitragssteigerungen zahlen die ArbeitnehmerInnen zukünftig allein!), Abschaffung der Steuerfreiheit für Nacht- und Schichtarbeit, Einführung der PKW-Maut.

All diese Auswirkungen haben wir in einem Entschließungsantrag aufgezeigt und kritisiert.

## „AUS“ für kommunale Selbstverwaltung

### CDU/FDP:

Seit Jahren kürzt die Hessische Landesregierung die Mittel für den kommunalen Finanzausgleich (KFA: Gelder, die den Kommunen zugewiesen werden) und engt damit die Handlungsfähigkeit der Kreise, Städte und Gemeinden immer mehr ein.

Die Genehmigungsbehörden wurden angewiesen, defizitäre Haushalte nur noch unter Vorlage eines Konsolidierungsprogramms zu genehmigen. Das hat zur Folge, dass eine Genehmigung freiwilliger Leistungen ausgeschlossen ist.

Die Landkreise werden so verpflichtet, die Kreisumlage (inkl. Schulumlage) anzuheben und damit Städte und Gemeinden zusätzlich zu belasten.

### SPD:

Die Landesregierung macht Schulden über Schulden, legt einen verfassungswidrigen Haushalt nach dem anderen vor und „saniert“ sich ausschließlich zu Lasten der Kommunen!

Seit Jahren werden dem KFA Gelder entzogen. Jüngster Angriff auf die Finanzen der Kommunen ist es, dem KFA ab 2011 jährlich 400 Mio. € zu entziehen. Wir fordern die sofortige Rücknahme dieser Entscheidung und verlangen in diesen schwierigen Zeiten Unterstützung für die kommunale Seite. Doch stattdessen kommen zusätzliche Aufgaben und damit weitere finanzielle Belastungen auf Kreise, Städte und Gemeinden zu. Jüngstes Beispiel ist die Finanzierung der Schulsozialarbeit, aus der sich das Land wieder einmal „erfolgreich“ herausgezogen hat.

Immer mehr Kosten werden der untersten Ebene aufgebürdet. Obwohl „Konnexität“ (also: Wer bestellt, soll auch bezahlen.) in der Verfassung verankert ist, bleibt dies für diese CDU/FDP-Landesregierung im wahrsten Sinne ein Fremdwort.

Die defizitären Haushalte führen dazu, dass keine freiwilligen Leistungen (Zuschüsse an Vereine, Unterstützung für Beratungsstellen, Kulturelles oder für ehrenamtlich Tätige etc.) mehr möglich sind. **Verzicht auf freiwillige Leistungen stellt für uns die in der Verfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung in Frage.** Daher unterstützen wir die Forderung der Kommunen nach besserer Finanzausstattung, denn sie dürfen nicht die Melkkühe von Herrn Koch und Herrn Weimar sein!

## Peinlichkeit beim „Schulobst“

### CDU/FDP:

Die EU hat ein so genanntes „Schulobst-Programm“ aufgelegt, welches zu 50% EU-finanziert ist. Die Restfinanzierung muss vom jeweiligen Land gewährleistet werden. Das Land Hessen lehnt es nunmehr ab, die erforderlichen Komplementärmittel zur Verfügung zu stellen; somit können die Mittel der EU nicht abgerufen werden. Das Ziel „jedem Kind ein Schulobst“ kostenlos zur Verfügung zu stellen, ist damit geplatzt. Die CDU teilt in Sonntagsreden mit, dass sie etwas für die Zukunft der Kinder tun will – den Beweis bleibt sie mal wieder schuldig!

### SPD:

In Zeiten von Fast-Food, übergewichtigen Kindern und hohen Gesundheitskosten ist es unsere Aufgabe, mit für eine gesunde Ernährung zu sorgen, insbesondere für Kinder.

Es gilt daher das sinnvolle EU-Programm ohne wenn und aber umzusetzen! Wertvolle Zeit ist bereits durch das Finanzierungsgerangel zwischen Bund und Land verloren gegangen.

Milliarden werden für Konjunkturprogramme und Banken-Missmanagement ausgegeben, doch für unsere Kinder sind CDU und FDP nicht bereit, die eine Million €, die für die flächendeckende Umsetzung des Schulobstprogramms in Hessen benötigt wird, einzusetzen.

Auf der einen Seite wird gesundheitspolitische Prävention gefordert, auf der anderen wird ein kostenloser Apfel für Kinder abgelehnt - das passt nicht zusammen! CDU/FDP weigern sich, für die Gesundheit der Kinder zu sorgen und sie vor allem an gesunde Lebensmittel zu gewöhnen. Schule wäre dafür genau der richtige Ort, denn gemeinsamer Genuss gesunder Lebensmittel regt zu Essgewohnheiten an, die zuhause vielleicht so nicht erlernt werden können. Die SPD fordert die sofortige Umsetzung des Schulobst-Programms.

Eine Information der SPD-Nordhessenrunde

[www.nordhessenrunde.de](http://www.nordhessenrunde.de)